

## **Meinhard Johannides, Vorsitzender der Fraktion DAK MG**

„Mein Statement beginne ich mit der erfolgreichen Veranstaltung anlässlich des 250-jährigen Bestehens der DAK-Gesundheit in der Vertretung der Freien und Hansestadt Hamburg in Berlin, die am 26.09.2024 stattgefunden hat.

### **Warum?**

Zahlreiche Gäste aus der Politik, dem Gesundheitswesen und der Wirtschaft nahmen teil, darunter dieses Mal auch Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach. In seinem Statement ging er auf Teile der von ihm geplanten Gesetzesvorhaben ein und hob die Rolle der DAK-G bei der Versorgung der Versicherten positiv hervor – sowohl für die Vergangenheit als auch für die Zukunft.

### **Versichertenbestand und Mitgliederentwicklung**

Im Bericht des Vorstands haben wir gehört, dass der Versichertenbestand im laufenden Jahr - bis Ende September - um mehr als 11.000 Versicherte gesteigert werden konnte. Wichtig dabei sind auch die Mitgliederzugänge in der Fokusgruppe; hierzu werden wir im weiteren Verlauf der Sitzungen weitere Informationen erhalten. Die Aktivitäten der DAK-Gesundheit, Mitglieder, die die Kasse verlassen wollen, zurückzugewinnen und von unserer Leistungsstärke zu überzeugen, waren erfolgreich. Die Anzahl der aktiven Kassenwechsler konnte bis zum 30.09.2024 - im Vergleich zum Vorjahr - erneut gesenkt werden. Es ist auch gelungen, den Altersdurchschnitt des Versichertenbestands zu senken. Eine schwierige, aber eminent wichtige Maßnahme - und dies in einem hart umkämpften Markt. Auch wenn wir als DAK-Gesundheit hier noch nicht am Ziel sind, ist jede Verbesserung in diesem Bereich von großer Bedeutung und muss aus unserer Sicht weiterhin im Fokus bleiben.

### **Widerspruchsverfahren**

Die Besprechungen, um eine zügige und kundenorientierte Abarbeitung der Widersprüche zu erreichen, haben sich gelohnt. Nun gilt es, dass alle Beteiligten – sowohl die Mitarbeitenden als auch die Mitglieder der Widerspruchsausschüsse – ihren Teil zur erfolgreichen Umsetzung der Beratungsergebnisse beitragen.

### **Gesundheitspolitische Entwicklungen**

Die gesundheitspolitischen Entwicklungen bleiben aus unserer Sicht enttäuschend und ärgerlich. Zahlreiche Gesetzgebungsverfahren belasten die Beitragszahlenden mit

erheblichen Mehrkosten, ohne dass ihnen ein spürbarer Mehrwert entsteht. Im Fokus unserer Kritik steht weiterhin die Finanzierung des Transformationsfonds. Die kritischen Stellungnahmen und Gutachten haben den Bundesgesundheitsminister nicht dazu bewegt, Änderungen bei der Finanzierung des Transformationsfonds vorzunehmen. Viele Patienten werden von der Spezialisierung der Kliniken profitieren, insbesondere bei geplanten Eingriffen. Doch solange die Notfallversorgung – besonders im ländlichen Raum – nicht ausreichend gesichert ist, wird der Weg zur nächstgelegenen spezialisierten Klinik für Notfallpatienten, etwa bei Herzinfarkten oder Schlaganfällen, ein Risiko darstellen. Wie können wir das unseren Versicherten erklären, die einen erheblichen Teil der Finanzierung tragen sollen?

### **Erhöhungen der Zusatzbeiträge**

Der Schätzerkreis (GKV, BAS, BMG) hat am 15.10.2024 bekannt gegeben, dass der durchschnittliche Zusatzbeitrag ab dem 01.01.2025 um 0,8 Prozentpunkte auf dann 2,5 Prozent steigt. Ein Paukenschlag für die Beitragszahlenden. Die jetzt anstehende Erhöhung des durchschnittlichen Zusatzbeitrags ist auf bereits verabschiedete Gesetze und die stark gestiegenen Leistungsausgaben zurückzuführen, nicht auf die geplante Krankenhausreform und die Finanzierung des Transformationsfonds. Doch dies ist nicht das Ende der Fahnenstange. Weitere Projekte des Gesundheitsministers, wie die Gesundheitskioske oder die Finanzierung zusätzlicher Medizinstudienplätze – natürlich finanziert durch die GKV – sind noch nicht vom Tisch.

### **Finanzlücken in der sozialen Pflegeversicherung (SPV)**

Auch in der sozialen Pflegeversicherung (SPV) tun sich Finanzierungslücken in Milliardenhöhe auf, für die die Politik verantwortlich ist. Der Gesetzgeber greift zunehmend auf Beitragsgelder zurück, um gesamtgesellschaftliche Aufgaben zu finanzieren. Diese Kosten sind aus Steuermitteln und nicht aus den Beiträgen der Versicherten zu finanzieren! Die Fraktion der DAK Mitgliedergemeinschaft unterstützt daher die Forderung unseres Vorstandsvorsitzenden, der die Bundesregierung aufgefordert hat, diese Gelder unverzüglich zurückzuzahlen. Es kann nicht sein, dass die durch den Gesetzgeber verursachten Finanzlücken erneut zu Lasten der Beitragszahlenden durch Beitragserhöhungen geschlossen werden. Insofern befürwortet unsere Fraktion auch die im Laufe der heutigen Sitzung anstehende Verabschiedung der Resolution zur Finanzsituation in der GKV.

Abschließend möchte ich für die Fraktion der DAK Mitgliedergemeinschaft

- a) dem Vorstand und allen beteiligten Mitarbeitenden für die gelungene Durchführung der zu Beginn meines Statements erwähnten Veranstaltung und

b) allen daran Beteiligten für die erzielten Erfolge in der Mitgliedergewinnung und der Versichertenbestandserhaltung

danken.“